
derStandard.at | derStandard.at | Politik | EU | Sicherheitspolitik

18. Juli 2008
16:43 MESZ



Ein Hoch auf die DNA-Analyse: Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) will auch mit den Ländern des Westbalkans DNA-Daten austauschen. Für die USA nahm der Vize-Innenminister Stewart Baker an der Konferenz teil.

Kommissar DNA auf Reisen

Österreichische DNA-Datenbanken könnten bald den Westbalkan-Staaten zur Verfügung stehen - Hans Zeger von der ARGE DATEN zweifelt am Allheilmittel DNA-Analyse

Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) präsentierte gemeinsam mit dem albanischen Außenminister, Bujar Nishani, und dem Vize-Innenminister der USA, Stewart Baker, die Ergebnisse der Westbalkan-Sicherheitskonferenz. Zentrales Thema der Konferenz, bei der Regierungsvertreter der Westbalkanstaaten (die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, ohne Slowenien, dafür inklusive Albanien) mit am Tisch saßen, war die Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit.

DNA-Datenbank für Westbalkan

In Zukunft soll die österreichische DNA-Datenbank, die viertgrößte weltweit, auch den Staaten des Westbalkans zugänglich gemacht werden. Beim Aufbau dieser Datenbanken und auch bei den dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen wird es ebenfalls Unterstützung aus Österreich geben. Hans Zeger von der ARGE DATEN glaubt allerdings nicht an das Wundermittel DNA-Analyse zur Kriminalitätsbekämpfung. Zeger zitiert den aktuellsten Sicherheitsbericht aus dem Jahr 2006. In diesem Jahr gab es insgesamt 8.000 DNA-Tatortspuren, davon trugen 1.258 zur Aufklärung eines Verbrechens bei. Insgesamt gab es 2006 aber rund 600.000 angezeigte Delikte. Nur bei 0,2 Prozent konnte eine DNA-Analyse zur Verbrechensaufklärung beitragen. "Natürlich sollte der Austausch von Daten bei konkreten Verdachtsmomenten selbstverständlich sein. Aber der Austausch von irgendwelchen zusammengetragenen Daten ist eines Verfassungsstaates nicht würdig", argumentiert Zeger.

Eine gemeinsame Konvention zur Kooperation der Polizei wurde von Österreich initiiert und bereits im Mai 2006 von den Staaten des Westbalkans unterzeichnet. Seit Juli diesen Jahres ist die Konvention in den Unterzeichnerstaaten in Kraft. Österreich hat die Zusammenarbeit zwar gestartet - ist aber der Konvention noch nicht beigetreten. Fekter hofft allerdings bereits im Herbst, dem Parlament einen Antrag auf Mitgliedschaft vorlegen zu können. Die Begründung aus dem Ministerium, warum der Beitritt noch nicht erfolgt ist: Österreich habe zuerst mit seinen direkten Nachbarn Verträge über Kooperation in der Polizeiarbeit geschlossen und aufgrund des Erfolges eine ähnliche Initiative für die Staaten des Westbalkans angeregt. In einem zweiten Schritt überlege man jetzt den Beitritt.

Dialog der Kulturen im Kampf gegen den Terrorismus

Auch der Kampf gegen den Terrorismus war Thema der

Sicherheitskonferenz. Die Staaten des Westbalkans sollen sich in Zukunft der Anti-Terror Strategie der EU anschließen. Dazu wird es im Herbst eine von Österreich und Ungarn organisierte Konferenz geben. Im Rahmen der Terrorbekämpfung präsentierte Fekter unter dem Schlagwort "Interkultureller Dialog" eine neue Präventionsstrategie. Fekter: "Die Bekämpfung der bestehenden Strukturen bleibt eine Priorität." Einer Radikalisierung solle der Nährboden entzogen werden. Der geplante Dialog solle über den Dialog der Religionsgemeinschaften hinausgehen. "Dieser Dialog muss auch ein Sicherheitsthema sein", sagte die Innenministerin. Es gebe bereits Erfahrungen aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro, die durchaus Vorbildwirkung haben könnten.

US-Interessen am Balkan

Als Vertreter der USA nahm Vize-Innenminister Stewart Baker an der Konferenz teil. Als für die USA relevante Sicherheitsinteressen am Balkan nannte er unter anderem den Kampf gegen den Terrorismus. So könnten Terroristen vermehrt über den Balkan nach Europa und weiter in die USA einreisen. Die Verbesserung der Grenzkontrollen in dieser Region läge demnach auch im Interesse der USA. Aber nicht nur Terroristen nehmen den Weg über den Balkan, auch Drogenschmuggel sei ein für die USA relevantes Thema.

Eine Neuerung für USA-Reisende gibt es aber ab 12. Jänner 2009. Das bisher notwendige Ausfüllen eines Einreiseformulars entfällt. Stattdessen müssen sich Reisende bereits vor dem Abflug im Internet registrieren und einen Fragebogen der US-Grenzschutzbehörde ausfüllen. Derzeit arbeiten die USA und die EU an einem Rahmenabkommen zum Thema Datenschutz. Auch dazu gab es am Rande der Westbalkankonferenz Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission. Im Sicherheitsbereich gibt es derzeit bilaterale Verhandlungen mit den USA. Ein Abkommen zwischen den USA und Deutschland bezüglich Datenaustauschs sei bereits ausgehandelt. Für Österreich soll es etwas Ähnliches geben. Derzeit sei man diesbezüglich aber erst in der internen Prüfung. Der österreichische Datenschutzstandard müsse aber gewahrt bleiben. (mka, derStandard.at, 18.7.2008)

© 2008 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.